

Jahresrückblick

Liebe Mitglieder,

als ich mich mit den ersten Gedanken zu diesem Jahresrückblick beschäftigt habe, ist mir bewusst geworden, wie viele bedeutende Ereignisse unsere Gewerkschaftsarbeit in diesem Jahr geprägt haben. Besonders die Gespräche mit Justizministerin Hoffmann, den Obergerichtspräsidenten, dem Generalstaatsanwalt, dem Direktor des ZenIT, dem Leiter der Justizakademie und den Fraktionen im Landtag haben einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Lasst uns gemeinsam einen Blick auf die wichtigsten Entwicklungen des Jahres werfen und deren Bedeutung für die kommenden Monate.

Nach der Neuwahl des Landesvorstandes unserer Gewerkschaft im Oktober 2023 standen die Antrittsbesuche des neu gewählten Landesvorstandes an. Alle Gespräche fanden in einer angenehmen Atmosphäre und auf Augenhöhe statt. Es wurden viele Themen besprochen und versucht, konstruktive und vor allem schnell umsetzbare Lösungen zu finden. Trotz intensiver Bemühungen war die Umsetzung bestimmter Themenbereiche mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Diese werden wir im nächsten Jahr weiter angehen müssen.

Folgende Schwerpunkte wurden thematisiert:

Digitalisierung der Justiz

Die Digitalisierung der Justiz erfolgt u. a. im Hinblick auf die Einführung der e-Akte bis Ende des Jahres 2025. Dabei wurde in den vergangenen Monaten sehr deutlich, dass die Arbeitsverdichtung, der Arbeitsdruck, die veränderten Arbeitsabläufe und der Personalmangel in allen Justizbereichen zu erheblichen Engpässen und krankheitsbedingten Ausfällen führte. Durchhalteparolen helfen hier wenig. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind hochmotiviert und wollen den Einführungsprozess unterstützen, fühlen sich jedoch nicht mitgenommen und wertgeschätzt. Das muss sich ändern!

Jedoch ist auch allen Beteiligten klar, dass mit der Einführung der e-Akte das Ende der Digitalisierung der Justiz nicht endet. Sie wird ein bestehender und wichtiger Bestandteil bleiben.

Personalmangel

Der mittlere Justizdienst ist eine tragende Säule des Justizwesens in unserem Bundesland. Jedoch führt der Personalmangel im mittleren Dienst zu einer erhöhten Arbeitsbelastung und zu langsameren Bearbeitungszeiten. Das beeinträchtigt u. a. die Servicequalität. Auch führt dies zu Qualifizierungslücken und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Viele Beschäftigte verlassen die Justiz – auch, weil die Justiz nicht als attraktiver Arbeitgeber empfunden wird.

Ob die Abschaffung der Justizfachangestelltenausbildung und die Einführung der Anwärterausbildung im mittleren Dienst im Jahr 2023 zu einem Personalzuwachs führen wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch zu befürchten, dass nicht alle der frei werdenden Stellen (Altersabgänge, Eigenkündigungen etc.) durch die neuen Justizfachwirte besetzt werden können.

Ob die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Justiz durch die Möglichkeit der Verbeamtung von Tarifbeschäftigten zum 1. Januar 2025 gesteigert wird, ist von den Rahmenbedingungen abhängig. So stellt sich u. a. die Frage, ob die Stufenzuordnung der Tarifbeschäftigten und ihre geleisteten Jahre in der Justiz bei der Besoldung in der Besoldungsgruppe A7 berücksichtigt werden. Wir haben die geschäftsführende Justizministerin angeschrieben und um Antworten gebeten. Bisher liegt uns keine Antwort vor.

Der **Personalmangel im Justizwachtmeisterdienst** beschäftigt uns ebenfalls. Die geringe Besoldung und Vergütung der Beschäftigten im Justizwachtmeisterdienst ist – gerade im Hinblick auf die stetig wachsenden Aufgaben – nicht mehr zeitgerecht. Gleichgeschlechtige Einlasskontrollen können nicht durchgeführt werden, weil Personal fehlt. Vielerorts wird der Schleusenbetrieb eingestellt. Nur ein geringer Teil des vorhandenen Personals ist fachgerecht ausgebildet, um die Aufgaben nach dem Justizwachtmeisterbefugnisgesetz ausführen zu können. Die Qualifikation ist nicht mehr zeitgemäß und entspricht nicht den Aufgaben, die durch den Justizwachtmeisterdienst geleistet werden müssen. Vor allem die Eigensicherung steht im Fokus – es gibt viel zu tun.

In den politischen Gesprächen vor der Landtagswahl wurde uns unmissverständlich signalisiert, dass hier schneller Handlungsbedarf notwendig ist und sich dies auch im Koalitionsvertrag wiederfinden sollte. Jedoch befinden wir uns nun nach der Landtagswahl. Der Entwurf des Koalitionsvertrages steht und wird auf den beiden Landesparteitagen am 6. Dezember 2024 zur Abstimmung gestellt. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft hat für den außerordentlichen Landesparteitag der SPD eine Einladung erhalten. Ich werde diese Gelegenheit nutzen, um nachzuhaken.

Wie die Belastungen der Beschäftigten im Justizwachtmeisterdienst in der Personalbedarfsberechnung abgebildet werden können, haben wir angefragt. Die Justizministerin teilte folgendes mit:

„Für den Justizwachtmeisterdienst trifft es zu, dass die Bearbeitungszeiten beim Scannen (Digitalisierung papiergebundener Posteingänge) bisher nicht in PEBB\$Y abgebildet werden. Bei den Gerichten des Landes Brandenburg ist die Handhabung allerdings nicht einheitlich. Nur teilweise obliegt den Wachtmeistern die Aufgabe des rechtssicheren Scannens. ... Um gleichwohl künftig den anfallenden Mehraufwand erfassen zu können, ist die Länderarbeitsgruppe III um Vorlage eines entsprechenden Vorschlages für einen Fragenkatalog für die Personalbedarfsberechnung gebeten worden. Es wird davon ausgegangen, dass die Pensenkommission diesen Vorschlag annimmt und sodann alles Weitere veranlasst.“

Hinsichtlich der Situation im Justizwachtmeisterdienst wurden durch die SPD eine Kleine Anfrage in den Landtag eingebracht und bereits durch das Ministerium der Justiz (vor der Umbenennung) beantwortet. Diese Antworten werden derzeit von uns ausgewertet.

Cannabisgesetz

Seit dem 1. April 2024 ist das Cannabisgesetz (CanG) in Kraft. Bereits in der Sitzung des Rechtsausschusses am 7. März 2024 führte die Justizministerin aus, dass dieses Gesetz die Justiz vor enorme Herausforderungen stelle. Auch hier fragten wir nach und bekamen folgende Antwort:

„Auf Ihre Frage, in wie vielen Verfahren eine Neubewertung der Urteile im Zusammenhang mit dem In-Kraft-getretenen Cannabisgesetz erforderlich ist, kann ich Ihnen mitteilen, dass 3.449 Verfahren aufgrund der Amnestieregelung zu prüfen waren. Die Prüfung konnte in etwas 60 % der Fälle bereits abgeschlossen werden

mit dem Ergebnis, dass es in knapp 2000 Verfahren einer Neufestsetzung der Strafe bedarf.“

Somit kommt auch hier Mehrarbeit auf die betroffenen Geschäftsbereiche zu.

Nachzahlungsansprüche der Umsetzung der BAG-Rechtsprechung (korrigierende Eingruppierung von Servicebeschäftigten)

Die Justizministerin teile auf unsere Nachfrage mit, dass die Nachzahlungsansprüche für die Jahre 2018 – 2021 derzeit in Bearbeitung sind. Zitat: „Die Nachzahlungen der Entgelte für die Beschäftigten in Serviceeinheiten für die Zeiten vor dem Jahr 2022 erfolgt angepasst an die Kapazitäten der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg im laufenden Jahr.“ Nun ja, das laufende Jahr endet demnächst.

Hinsichtlich der Geltendmachung der Verrechnung von Entgeltbestandteilen liegen uns keine Informationen vor. Diese Problematik wird in unserem Antrittsbesuch beim neuen Justizminister, Herrn Dr. Benjamin Grimm, angesprochen.

Soziale Dienste

Der geplante Umzug der Sozialen Dienste Potsdam in das Haus 4 der Liegenschaft Heinrich-Mann-Allee 107 verzögert sich weiter, da vier Fluchttüren nicht den brandschutzrechtlichen Anforderungen genügen. Diese müssen durch den BLB ausgetauscht werden. Da die Zeitplanung nicht bekannt ist, steht ein konkreter Umzugstermin noch nicht fest.

Die Beschäftigten in den Sozialen Diensten sind besorgt über die bereits offensichtlich beschlossene Einführung des Programms LSI-R zum 1. Januar 2026. LSI-R steht für "Leiter der sozialen Integration - Revision". Es handelt sich um ein psychologisches Testinstrument, das zur Beurteilung der sozialen Integration und des psychosozialen Wohlbefindens von Personen entwickelt wurde.

Das setzt eine qualifizierte Aus- bzw. Fortbildung voraus. Es gibt Bedenken, dass aufgrund der Vielzahl an Fortbildungsangeboten für die Beschäftigten in den Sozialen Diensten – wie beispielsweise in den Bereichen Motivationsarbeit, Umgang mit psychisch erkrankten Personen, Sexualstraftätern sowie den Neuerungen in der Sozialgesetzgebung – die Fortbildungsmaßnahmen für LSI-R möglicherweise nicht mehr ausreichend durchgeführt werden können.

Fortbildungssituation an der Justizakademie in Königs Wusterhausen

Bereits in den Gesprächen mit den Obergerichtspräsidenten, dem Generalstaatsanwalt und in den politischen Gesprächen haben wir die sehr angespannte Fortbildungssituation an der Justizakademie in Königs Wusterhausen thematisiert. So bereitet es allen große Sorgen, dass in einem Flächenland keine mehrtägigen Fortbildungen mehr möglich sind. Die Durchführung von mehrtägigen Fortbildungsveranstaltungen ist seit der Neueinführung der Laufbahnausbildung zum mittleren Justizdienst am 1. September 2023 herausfordernd. Die Situation wird sich mit der zum 1. Dezember 2024 begonnenen Qualifizierungsmaßnahme für die Justizhelfer nochmals verschärfen.

Von den insgesamt nur 37 der Justizakademie zur Verfügungen stehenden Unterkünften müssen für die Anwärterausbildung und für die Qualifizierungsmaßnahme insgesamt jedoch ca. 65 Unterkünfte vorgehalten werden.

Bis zum Jahr 2029 wird es keinen Bau bzw. Planungen von weiteren Unterkünften geben. Wir haben zu dieser Problematik eine Kleine Anfrage initiiert. Die Antworten dazu liegen seit kurzem vor. Diese werden wir nun auswerten.

Die Fortbildung im Justizbereich spielt eine entscheidende Rolle, um den hohen Qualitätsstandards gerecht zu werden und den stetig wachsenden Anforderungen in diesem Bereich zu begegnen. Sie trägt dazu bei, Fachwissen zu aktualisieren und die Effizienz sowie die Rechtssicherheit zu fördern.

Fakt ist: ohne Fortbildung geht es nicht!

Viele Beschäftigte beklagen auch die **fehlende Wertschätzung** ihrer Arbeit und den **Respekt** vor der eigenen Person. Um genau dafür ein Zeichen zu setzen, haben wir am 28. November 2024 vor der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin demonstriert. Dort fand die Herbsttagung der Justizminister(-innen) statt. Wertschätzung beginnt auch schon beim Guten-Morgen-Gruß. Weder die brandenburgische Staatssekretärin noch die brandenburgische Justizministerin begrüßten die trotz des miesen Regenwetters zahlreich gekommenen Gewerkschaftsvertreter(-innen). Beide Vertreterinnen ließen uns buchstäblich im Regen stehen.

Dagegen begrüßten und sprachen die Justizminister(-innen) aus den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und einige mehr mit der Bundesleitung der Deutschen Justiz-Gewerkschaften. Sie hörten sich unsere Forderungen nach mehr Wertschätzung, Respekt, bundeseinheitliche Besoldung und mehr Personal an.

Ich finde, dass unser Landesvorstand auf eine gute Gewerkschaftsarbeit im ausklingenden Jahr zurückblicken kann. **Wir haben die Probleme in der Justiz in den Fokus gerückt**, haben die obersten Behördenleitungen und die Politik mit ins Boot geholt, um konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Ausgebremst wurden wir durch die Landtagswahlen im September 2024 und durch den bevorstehenden Regierungswechsel. Mit Volldampf geht es nun weiter.

👉 Gewerkschaften sind keine Gegner, sondern wertvolle und konstruktive Gesprächspartner, die sich für die Interessen der Arbeitnehmenden einsetzen. Durch den Dialog und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften können gemeinsame Lösungen gefunden werden, die sowohl den Bedürfnissen der Beschäftigten als auch den Zielen des Arbeitgebers gerecht werden.

Es gibt viel zu tun – packen wir es an!



Ich wünsche euch und euren Lieben ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest, gefüllt mit Freude, Liebe und schönen Momenten. Möge das neue Jahr euch Gesundheit, Glück und viele wunderbare Erlebnisse bringen. Euch einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Und wer Lust hast, nächstes Jahr Teil unserer Gewerkschaftsarbeit zu sein, meldet sich einfach bei mir.

Zum Schluss ein Hinweis in eigener Sache: Über unsere Aktivitäten berichten wir kurz und tagesaktuell auf unseren Online-Kanälen. Gleich abonnieren oder folgen – so seid ihr immer up to date.

Herzliche Grüße



eure Patricia Schreier



[Homepage](#)



[djk_brb](#)



[Facebook](#)



[WA-Kanal](#)